

**Niederschrift
über die 23. Sitzung des Kreisausschusses am 15. November 2021**

Öffentlicher Teil

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr
Ort: Landratsamt Gotha, Zimmer 247
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 18.10.2021
2. Bewilligung von Mehrausgaben gemäß § 58 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO)
Vorlage: KA 23-2021
3. Beratung zum Entwurf des Haushaltsplanes 2022
4. Fortschreibung Schulnetzplanung der allgemein bildenden Schulen des Landkreises Gotha
5. Beteiligungsbericht 2021 des Landkreises Gotha
6. Informationen
7. Festsetzung der Tagesordnung zur Kreistagssitzung am 17.11.2021
8. Verschiedenes

Der Landrat **Herr Eckert** fragt nach, ob Teilnehmer Erkältungssymptome aufweisen oder gemäß der Verordnung des Landes von der Sitzung ausgeschlossen werden müssen. Es muss niemand ausgeschlossen werden. Alle Teilnehmer wurden schriftlich belehrt.

Der **Ausschussvorsitzende** eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder. Der Gast, Herr Fuchs von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt ab ca. 16:15 Uhr an der Beratung teil. Der Landrat erläutert, warum die Sitzung des Kreisausschusses und bevorstehenden Kreistages trotz der pandemischen Lage in Präsenz durchgeführt werden. Hintergrund ist die rechtssichere Beschlussfassung zu den Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf sowie die vorgesehene Befassung mit der Schulnetzplanung, denen jeweils große Bedeutung für die Zukunft zukommt und die daher verfahrensfehlerfrei auf den Weg gebracht werden sollen. Der Landrat bittet darum, auch während der Ausschusssitzung den qualifizierten Mund-Nasen-Schutz zu tragen, und verweist darauf, dass in dieser Kreisausschusssitzung die Abstimmungen per Handheben erfolgen sollen.

Der Vorsitzende stellt dann die Beschlussfähigkeit fest; inklusive des Landrates sind sieben Mitglieder des Ausschusses anwesend. Gegen Form und Frist der Einladung sowie zur Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Die Ausschussmitglieder stimmen der Erteilung des Rederechts an die anwesenden und noch hinzukommenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu.

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 18.10.2021

Der **Vorsitzende** stellt die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 18.10.2021 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt (5 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)
Damit gilt die Niederschrift mit **Beschluss KA 33-2021** als genehmigt (Anlage).

2. Bewilligung von Mehrausgaben gemäß § 58 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) Vorlage: KA 23-2021

Der Landrat erteilt Frau Kühn als zuständiger Leiterin des Amtes für Gebäude- und Straßenmanagement das Wort. Sie erläutert, dass zur Begleichung einer Schlussrechnung für die Baumaßnahme K14 in Ernstroda ein Beschluss über abermalige Mehrausgaben notwendig wird, da ein vorgesehener Haushaltsrest hierfür versehentlich nicht gebildet worden war. Frau Würriehausen erläutert die Deckung der Mehrausgabe sowie die Chronologie der bislang bewilligten Mittelüberschreitungen, die in Summe nun die Befassung des Kreisausschusses mit den vorliegenden Mehrausgaben notwendig machen. Auf die Nachfrage Herrn Kellners, ob die Mehrausgabe auch in höheren Kosten als geplant zu suchen sei, erklärt Frau Kühn, dass die Höhe der Gesamtausgaben im Rahmen der Planung liegt.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der **Vorsitzende** die Beschlussvorlage KA 23-2021 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt (7 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)
Damit gilt die Vorlage mit **Beschluss KA 34-2021** als genehmigt (Anlage).

Herr Fuchs betritt gegen 16.15 Uhr den Sitzungsraum. Der Landrat fragt die Zustimmung des Rederechts für Herrn Fuchs ab, die seitens der Ausschussmitglieder erteilt wird.

3. Beratung zum Entwurf des Haushaltsplanes 2022

Der **Landrat** führt ins Thema ein und stellt auf die Unwägbarkeiten des Kommunalen Finanzausgleiches ab. Der dem Landtag vorliegende Gesetzentwurf verursacht im vorliegenden Haushaltsentwurf des Landkreises eine Deckungslücke von 3,2 Mio. Euro. Unklar sei, ob im Gesetzgebungsverfahren eine Erhöhung der Landesmittel erwartet werden kann. Daraus ergäbe sich nach der Systematik der Finanzbeziehungen eigentlich eine Kompensation der voraussichtlich nicht eingehenden Landesmittel aus dem KFA durch die Kreisumlage. Dies sei aber weder verantwortungsvolles Handeln gegenüber den Kommunen noch im erwartbaren diskussionsbedingten Zeitverzug für den Landkreis selbst akzeptabel. Daher kam nur der Ausgleich nur durch Anpassungen des Entwurfs infrage, hier: insbesondere die Verringerung von Ausgabeansätzen und Erhöhung von Einnahmeansätzen. Eine nach diesen Korrekturen verbleibende Lücke von 1,7 Mio. Euro habe die Verwaltung durch die entsprechend verringerte Zuführung von Verwaltungs- zu Vermögenshaushalt kompensiert. Der Landrat mahnt, dass eventuelle landesseitige Korrekturen am Finanzausgleich nicht als zusätzliche Spielmasse des HH-Jahres 2022 zu betrachten seien, sondern als Ergänzung der Zuführung zum Vermögenshaushalt, die der Rücklage zugutekomme und ggf. für künftige Investitionen zur Verfügung stünden. In der Perspektive, bilanziert der Landrat, sei die Kürzung des KFA im Titel der Kreismittel zu kurz gesprungen, da diese mittelfristig auf die Gemeinden durch gesteigerte Umlagebelastungen zurückfielen.

Zu den Details des Änderungsantrages informiert **Frau Würriehausen** ausführlich und geht dabei insbesondere auf die Entwicklung der Rücklage, die mittelfristige Finanzplanung und die Entwicklung der freien Spitze ein.

16:30 Uhr wird eine fünfminütige Querlüftung des Raumes vorgenommen; die Sitzung wird nicht unterbrochen.

Das erläuterte weitere Vorgehen zur Haushaltsaufstellung begrüßt Herr Dr. Pidde ausdrücklich. Auch er mahnt, ggf. eintretende Verbesserungen des KFA nicht zu „verfrühstücken“. Er dankt der Verwaltung für die ausnehmend gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen in diesem Jahr und die detaillierten Erläuterungen.

Auch **Herr Kellner** wertet die Fortsetzung der Haushaltsaufstellung als ein richtiges Signal, wenngleich die eigentlich logische Kreisumlagerhöhung zulasten der Investitionen abgewendet werden konnte. Er formuliert zugleich eine Hoffnung auf Änderung des Gesetzentwurfes durch den Landtag. Herr **Dr. Pidde** verspricht, zu diesem Thema nochmals auf seine Landtagsfraktion zuzugehen.

Auf die vorliegende Anfrage der CDU-FDP-Fraktion zur Ausbringung von neuen Stellen im Stellenplanentwurf erläutert **der Landrat** die fachlichen Notwendigkeiten. Er verweist auf den nochmaligen Austausch der Anlage 4 zum Änderungsantrag der Verwaltung. Inhaltlich bezieht sich die Neufassung auf einen Stellentausch im gegenseitigen Ausgleich sowie auf die geplante Einrichtung eines Springerpools, der die Unterbesetzung in verschiedenen Bereichen des Landratsamts kompensieren soll. **Herr Kellner** erkundigt sich, wie der Einsatz des Stellenpools erfolgen soll. Der **Landrat** verweist auf ein geplantes Rotationsprinzip nach Besetzung der Pool-Stellen und nennt als Bedarf hierzu beispielhaft die aktuellen Bedarfe der Fahrerlaubnisbehörde. Auch kurzfristige Einsätze aufgrund von Krankheit, Mutterschutz und anderen Vakanzen soll der Stellenpool abfedern, woraus auch die vergleichsweise wertige Eingruppierung der vorgesehenen Stellen resultiere aufgrund des wiederholten Einarbeitungsaufwandes in neue Fachgebiete. **Frau Röse** ergänzt, dass für die Fahrerlaubnisbehörde zusätzliche Stellen für 2022 geplant seien.

Herr Leffler gibt zu bedenken, dass vergleichbare Pool-Bildungen ohne konkrete Stellenprofile für Gemeinden nicht vorstellbar seien angesichts der Finanzausstattung, obwohl die Probleme zum Krankenstand und Vakanzen ähnlich gelagert seien. Die Frage **Herrn Kellners**, ob die im Pool befindlichen Stellen einer Befristung unterlägen, verneint der Landrat und rekurriert abermals auf die entsprechend notwendige Attraktivität der Stellen, der es bedürfe, um kompetentes Personal hierfür gewinnen zu können.

17:00 Uhr wird eine fünfminütige Querlüftung des Raumes vorgenommen; die Sitzung wird nicht unterbrochen.

Ob die Optimierung von Abläufen durch mehr Online-Anwendungen und Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen nicht Einsparungen im Personal verspräche, fragt **Herr Schleuse-ner**. Der **Landrat** entgegnet am Beispiel i-kfz, dass Online-Vorgänge absehbar nicht zu Einsparungen führen werden, da sie – für Kunden nicht ersichtlich – zusätzliche Ressourcen im Backend binden.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, erläutert der **Landrat** die Reihenfolge der Abstimmung zu den Änderungen im Kreistag.

Herr Dr. Pidde erwähnt, dass ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorliege und ein weiterer geplant sei, der rechtzeitig zur Einstellung ins Mandatos-System übermittelt werde.

Danach bittet der **Vorsitzende** um Empfehlung der vorliegenden Anträge.

Abstimmungsergebnis der beiden Änderungsanträge der Verwaltung: mehrheitlich zugestimmt (4 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen)

4. Fortschreibung Schulnetzplanung der allgemein bildenden Schulen des Landkreises Gotha Vorlage: BV 39/2020

Der Landrat erläutert umfassend den bisherigen Diskussionsprozess im Bildungsausschuss. Intensive Beratungen und die Anhörung der betroffenen Schulen und Schulsitzgemeinden habe zur vorliegenden, durch den Ausschuss geänderten Fassung der Schulnetzplanung geführt. Daher zeigt sich der Landrat verwundert über die nun zur Kreistagssitzung eingereichten Änderungsanträge der CDU-FDP-Fraktion, da der Fachausschuss beide angesprochenen Standortfragen bereits debattiert hatte.

Herr Leffler verweist auf die lange Diskussion in seiner Fraktion, deren Ergebnis nun die vorliegenden Änderungsanträge seien. **Herr Kellner** führt aus, dass eine im Ausschuss gefundene Kompromisslösung nicht die Meinung der Fraktion widerspiegele. **Der Landrat** entgegnet, dass die Fraktionen den weiteren Werdegang in der Hand hätten: Als Optionen stünden der Beschluss der vorliegenden Fassung des Schulnetzplans oder eine abermalige Befassung des Ausschusses mit den vorliegenden Änderungsanträgen und dem Gesamtwerk. Auf den Umstand, dass die Planungsgrundlage durch das TMBJS zustimmungspflichtig ist, verweist **Herr Seiring**. Durch die Wiederaufnahme der Diskussion müsse auch das Beteiligungsverfahren neu eröffnet werden. Überdies sei das angesprochene Sprengelmodell in der Praxis kaum umsetzbar. Auf Nachfrage weist er zudem darauf hin, dass der Schulnetzplan bis März stehen müsse, um im nächsten Schuljahr noch wirksam werden zu können. Das sei zudem wegen kreisübergreifenden Beschulungen (Gastschulverhältnisse, Standortaussagen) wie am Bsp. Gossel (IK) wichtig. **Herr Dr. Pidde** kommt nochmals auf das vorliegende Ergebnis des Bildungsausschusses zurück, die eine Kompromissformel darstelle, und somit die Frage nach der Sinnhaftigkeit der vorliegenden Änderungsanträge aufdränge. Er empfiehlt der einbringenden Fraktion, die Vorlagen zurückzuziehen.

17:30 Uhr wird eine fünfminütige Querlüftung des Raumes vorgenommen; die Sitzung wird nicht unterbrochen. Frau Parade betritt den Sitzungsraum

Frau Fitzke informiert über den Diskussionsstand in ihrer Fraktion und unterstreicht, dass diese auch nicht in allen Teilen mit dem gefundenen Kompromiss zu 100 % übereinstimme, aber man einen Kompromiss als Ergebnis der intensiven Befassungen des Fachausschusses mittrage. Ab einem bestimmten Punkt der Planungsmodelle sei Schule einfach praktisch auch nicht mehr leistbar, mahnt sie mit Bezug auf die Vorschläge zu den Standorten Molschleben und Warza.

Die zu betrachtenden baulichen Notwendigkeiten der Standorte führt **Herr Seiring** ins Feld. Großen Bedarf gäbe es in Molschleben mit der räumlichen Situation des ausgelagerten Werken-Kabinetts, die nicht hinnehmbar sei. Für eine verlässliche Investitionsstrategie seien aber Standortaussagen für die Zukunft notwendig. Sein Fazit: Man könne einfach nicht mehr weitermachen wie bisher, ohne konkrete Entscheidungen zu treffen.

Herr Fuchs zeigt sich mit dem gefundenen Kompromiss hinsichtlich Molschleben-Warza auch wenig zufrieden. Er bezeichnet ihn als nicht mutig und befürchtet, dass in der Folge Schüler aus dem Einzugsbereich Nesselal nach Gotha abwanderten und den Bestand dadurch gefährdeten.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der **Vorsitzende** die Beschlussvorlage BV 39/2020 zur Abstimmung einer Empfehlung an den Kreistag.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen (2 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen)

Herr Dr. Pidde verlässt gegen 17:40 Uhr den Sitzungsraum, damit sind noch 6 stimmberechtigte Mitglieder des Kreisausschusses anwesend.

5. Beteiligungsbericht 2021 des Landkreises Gotha

Der **Landrat** erteilt Frau Parade das Wort. Sie erläutert, dass der Landkreis im Geschäftsjahr 2020 an vier Gesellschaften beteiligt war. Die jeweiligen Jahresabschlüsse bilden die Grundlage für den Beteiligungsbericht, der dem Kreistag zur Kenntnis gegeben wird. Das Verfahren mit der Information des Kreistages und der anschließenden Überlassung des Berichts an das Landesverwaltungsamt wird analog zu den Vorjahren durchgeführt.

6. Informationen

Frau Würriehausen erläutert die Abrechnung des Haushaltes im dritten Quartal des laufenden Jahres auf Basis der ins Mandatos-System eingestellten Information. Nachfragen bestehen nicht.

Frau Röse und Frau Parade verlassen den Sitzungsraum gegen 17:45 Uhr; Frau Haas kommt hinzu.

Über die Stundungen informiert die kürzlich berufene Leiterin der Kreiskasse, **Frau Haas**, die eingangs vom **Landrat** in der neuen Funktion vorgestellt wird. Nachfragen werden nicht gestellt.

Die quartalsweise Übersicht zu den Vergaben im Bereich des Hoch- und Tiefbaus erläutert **Frau Kühn** anhand der ausgegebenen Vorlage. Nachfragen werden auch hier nicht geäußert.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt und verabschiedet die drei Damen.

Frau Würriehausen, Frau Haas und Frau Kühn verlassen den Sitzungsraum um 18:00 Uhr. Zeitgleich wird eine fünfminütige Querlüftung des Raumes vorgenommen; die Sitzung wird nicht unterbrochen.

7. Festsetzung der Tagesordnung zur Kreistagssitzung am 17.11.2021

Der **Landrat** verweist auf die vorliegende Tagesordnung zum Kreistag und stellt das Einvernehmen mit den anwesenden Mitgliedern des Kreisausschusses her. Er weist ferner darauf hin, dass es zur Kreistagssitzung ein kostenfreies und freiwilliges Schnelltestangebot durch die Johanniter Unfall-Hilfe Westthüringen geben wird, das allen an der Sitzung Beteiligten ans Herz gelegt wird. Aufgrund der pandemischen Lage besteht Einvernehmen, die Maske auch am Sitzplatz zu tragen.

Herr Fuchs verlässt den Sitzungsraum um 18:05 Uhr.

8. Verschiedenes

Der Terminservice der Fahrerlaubnisbehörde bedürfe einer dringenden Verbesserung, findet **Herr Kellner** mit Verweis auf die Nichtverfügbarkeit freier Terminslots im Onlineportal. Der **Landrat** zeigt auf, dass dieser Zustand die Folge mehrerer, zeitlich überlagernder Gründe ist. Zunächst sind rund 3.600 Fahrerlaubnisinhaber der entsprechenden Jahrgänge bis Januar 2022 aufgefordert, ihren Führerschein in ein neues Dokument umzutauschen. Obgleich bereits vor gut zwei Jahren auf die Umtauschpflicht hingewiesen worden sei, käme der Großteil der Betroffenen erst jetzt in der sprichwörtlichen letzten Minute. Hinzu komme ein Berg an Antragsverfahren und Bescheinigungen, die noch aus dem Lockdown zu Jahresbeginn resultierten, als Fahrschulen geschlossen waren, und so einen Rückstau bildeten. Dritter Punkt waren Personalwechsel in der Fahrerlaubnisbehörde über den Sommer, die sich aufgrund interner Vorgänge weit schwieriger gestalteten als erwartet. Der Landrat versicherte, dass man mit dem Landesverwaltungsamt in Kontakt stehe hinsichtlich einer Regelung zur Anerkennung

von Führerscheindokumenten, die über den Stichtag hinaus noch nicht getauscht werden konnten.

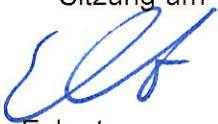
Frau Lenhardt betritt den Sitzungsraum gegen 18:10 Uhr.

Herr Schleusener fragt angesichts des Krankenstandes in seiner Fraktion, ob die anstehende Kreistagssitzung hybrid gestaltet werden könnte, d. h. eine Teilnahme der erkrankten oder quarantänisierten Kreistagsmitglieder per Online-Schalte möglich wäre. Der **Landrat** und **Herr Weber** verweisen unter Bezugnahme auf die Geschäftsordnung, aber auch auf die technischen Gegebenheiten (bspw. wären in diesem Fall die extern zugeschalteten Mitglieder nicht in der Lage, auf das Abstimmungssystem zuzugreifen und somit von der Beschlussfassung ausgeschlossen), dass eine solche Gestaltung weder in der Kürze der verbleibenden Zeit noch aus den genannten Gründen zielführend ist.

Als Vorsitzender der AfD-Fraktion kündigt **Herr Schleusener** an, dass der vorliegende Antrag zu freien Bürgertestungen voraussichtlich zurückgezogen werden wird.

Der Landrat verweist auf den nächsten Sitzungstermin des Kreisausschusses am Nikolaustag 06.12. und lässt offen, ob dieser in Präsenz oder per Webex stattfinden wird.

In Ermangelung weiterer Wortmeldungen schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:15 Uhr.



Eckert
Vorsitzender des Kreisausschusses

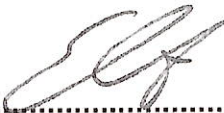


Weber
Schriftführer

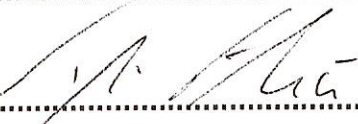
Anlagen

ANWESENHEITSLISTE
zur 23. Sitzung des Kreisausschusses

Datum der Sitzung: 15.11.2021

Onno Eckert (Vorsitzender)..... 

Sylke Niebur (1. BG)..... 

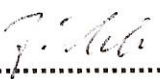
Thomas Fröhlich (2. BG)..... 

Fraktion CDU/FDP:

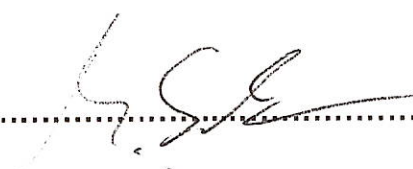
Christian Jacob/Jens Leffler.....  

Jörg Kellner/Uwe Oßwald..... 

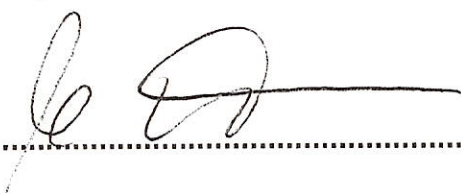
Fraktion SPD

Dr. Werner Pidde/Philipp Kästner..... 

Fraktion AfD

Martin Schleusener/Miriam Kütter..... 

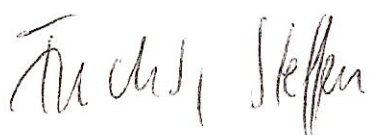
Fraktion DIE LINKE.

Vera Fitzke/Hans Kirchner 

Fraktion Freie Wähler

Gunter Rothe/Tanja Schreyer..... 

Gäste:

  78⁰⁰

**Anlage zur Niederschrift
über die Sitzung des Kreisausschusses
am 15.11.2021**

- Öffentlicher Teil -

- **Beschluss Nr. KA 33-2021**
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 18.10.2021
- **Beschluss Nr. KA 34-2021**
Bewilligung von Mehrausgaben gemäß § 58 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO)

Beschluss Nr. KA 33-2021

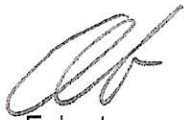
Gegenstand des Beschlusses:

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom
18.10.2021**

Der Kreisausschuss beschließt:

- 001 Die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 18.10.2021 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt



Eckert
Landrat

Beschluss Nr. KA 34-2021
Vorlagen-Nr. KA 23-2021

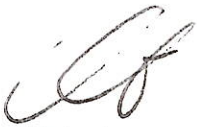
Gegenstand des Beschlusses:

**Bewilligung von Mehrausgaben gemäß § 58 Thüringer Kommunalordnung
(ThürKO)**

Der Kreisausschuss beschließt:

- 001 Für die Haushaltsstelle 02.65140.95030 – K 14, Erneuerung Deckschicht OD Ernstroda – werden außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 7.625,48 Euro bewilligt.
Der Gesamtbetrag der außerplanmäßigen Ausgabe beträgt 29.622,06 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt



Eckert
Landrat

DER KREISAUSSCHUSS

Genehmigung Nr. 062 zu außerplanmäßigen Ausgaben im Haushalt 2021

1. Finanzbedarf

Haushaltsstelle: 02.65140.95030
Bezeichnung: K 14, Erneuerung Deckschicht OD Ernstroda
Amt: Amt für Gebäude- und Straßenmanagement
Betrag: 7.625,48 Euro

2. Deckungsquelle

Als Deckungsquelle zur Finanzierung wird folgende Haushaltsstelle benannt:

02.65140.34700 Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen

3. Berechnung der Gesamtausgabe

Haushaltsansatz und Haushaltsrest	0,00 Euro
Bisher zusätzlich bereitgestellte Mittel	21.996,58 Euro
Neu beantragte Mittelverwendung	<u>7.625,48 Euro</u>
Voraussichtliche Gesamtausgabe	29.622,06 Euro

4. Erläuterungen

Im vorliegenden Fall ist die Mehrausgabe erforderlich für die Begleichung der nunmehr vorliegenden Schlussrechnung des Ingenieurbüros.

Die bauliche Realisierung der Maßnahme „Grundhafter Ausbau der Cumbacher Straße“ im Bereich der Kreisstraße 14, OD Ernstroda wurde bereits zum Jahresende 2020 abgeschlossen.

Die nun vorliegende Schlussrechnung ist dem Grunde und der Höhe nach berechtigt und muss daher beglichen werden.

Für die o. g. Baumaßnahme waren bereits durch den Landrat mit Gen. Nr. 008 v. 17.02.2021 sowie mit Gen. Nr. 058 v. 29.09.2021 außerplanmäßige Mittel in Höhe von zusammen 21.996,58 € bewilligt worden. Mit dem nun vorliegenden Antrag auf außerplanmäßige Ausgabe beträgt die Gesamtsumme der Mehrausgabe 29.622,06 €. Somit fällt die Bewilligung der zusätzlich beantragten Mittel in die Zuständigkeit des Kreisausschusses.